

1.

**Vorlage P 0120 - Erweiterung der Erhebungspraxis zum Pforzheimer Wohnungsmarkt;
hier: Antrag der Stadträte Schulz und Weisenbacher vom 27.10.2009
und**

**Vorlage P 0122 – Überprüfung der bestehenden Kaltmietobergrenze bei alleinstehenden
Beziehern von Leistungen nach dem SGB II und XII;**

hier: Antrag der Stadträte Schulz und Weisenbacher vom 27.10.2009

Die Verwaltung hat zu diesen Anträgen mit Mitteilungsvorlage P 0530 im November 2010 berichtet. Derzeit bereitet die Verwaltung eine Beschlussvorlage vor, die aufgrund zusätzlicher Statistikdaten eine Neufestsetzung der Mietobergrenze in Pforzheim festlegen soll.

2.

**Vorlage P 0121 – Städtisches Wohnungsbauprogramm für Bezieher von Leistungen nach den
Sozialgesetzbüchern SGB II und XII;**

hier: Antrag der Stadträte Schulz und Weisenbacher vom 27.10.2009

Die Verwaltung hatte mit Beschlussvorlage O 1128 den Vorstoß unternommen, ein laufendes Wohnraumförderprogramm für die Erstellung von Sozialwohnungen in Pforzheim mit Mitteln der auslaufenden Fehlbelegungsabgabe aufzulegen. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Gemeinderats vom 03.07.2007 abgelehnt. Ziel der Überlegungen seinerzeit war, sowohl aus wohnungsbaupolitischen als auch sozialpolitischen Gründen eine Verbesserung der Sozialwohnraumversorgung in Pforzheim zu erreichen. Dies würde sich auch entlastend auf die Mietobergrenze in den Sozialgesetzbüchern II und XII. auswirken. Die damals dafür vorgesehenen Mittel stehen nicht mehr zur Verfügung.

3.

Vorlage O 1495 – Armut in Pforzheim;

hier: Antrag der Grüne Liste-Gemeinderatsfraktion vom 15.01.2008

Die Verwaltung hat mit Vorlage P 0463 im September 2010 einen ersten Bericht zur sozialen Lage in Pforzheim vorgelegt. Darin wurden neben Begrifflichkeiten auch die besondere Situation der von Armut betroffenen Menschen in Pforzheim beleuchtet, Schlussfolgerungen gezogen und Handlungsansätze aufgezeigt.

Der Jugendhilfe- und Sozialausschuss hat darüber ausführlich diskutiert. Teilweise wurden weitergehende und detailliertere Auswertungen bzw. eine Berichterstattung durch ein externes, wissenschaftliches Institut gefordert.

Mit Vorlage P 0933 wurde im September 2011 dann die Dokumentation der vom Sozialministerium Baden-Württemberg geförderten „Pforzheimer Initiative gegen Armut und soziale Ausgrenzung - PIA“ den gemeinderätlichen Gremien vorgelegt. Dabei waren in Teilprojekten auch Studierende der Hochschule Pforzheim eingebunden.

Darin wurde erneut über die Armut in Pforzheim berichtet, vor allem über Möglichkeiten zur Vermeidung und Verringerung von Armut mit ExpertInnen in Workshops und im Rahmen einer Fachtagung diskutiert. Teile der dabei entwickelten Überlegungen sind auch bereits in konkrete Maßnahmen eingeflossen, so z.B. das Programm „Opstapje“ oder das künftig flächendeckend angebotene „Babybegrüßungspaket“ der Familienzentren.

In der Diskussion im Ausschuss wurde von Seiten der Fraktionen darauf hingewiesen, dass alle wesentlichen Daten und Sachstände in dem Bericht enthalten seien und es nun darauf ankomme, die

Probleme anzugehen und Lösungen zu finden. Dafür seien auch entsprechende Finanzmittel für eine Veränderung der Situation bereitzustellen. In dieser Sitzung wurde auch bereits auf die geplante Arbeitsgruppe zur sozialen Steuerung in Pforzheim hingewiesen, die exemplarisch mit dem Stadtteil Nordstadt beginnen soll.

Im Masterplanprozess wurden im Teilbereich „Miteinander und Teilhabe“ auch Überlegungen, Ziele und Projekte für die Verringerung von Armut in Pforzheim entwickelt. Sie werden im Rahmen der noch vom Gemeinderat zu beschließenden Umsetzungsstrategie entsprechend vorgeschlagen werden.

In der Sitzung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses am 19.01.2012 ist ein Vortrag des Sozialplaners des Kommunalverbandes für Jugend- und Soziale (KVJS), Herrn Dr. Bürger, über die demographische Entwicklung in Pforzheim und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Jugendhilfe geplant. Dies hat ebenfalls deutliche Bezüge zur Armutssituation in Pforzheim.

Die Verwaltung geht davon aus, dass die bisherige Armutsberichterstattung mit den vorhandenen Ressourcen auch in den kommenden Jahren weitergeführt werden kann. Falls weitergehende oder umfangreichere Berichte gewünscht sein sollten, ist dies nur mit zusätzlichen Ressourcen oder/und ggfs. einer Beauftragung Dritter möglich.

4.

**Vorlage P 0251 – Erstellung eines Sozialentwicklungsplans für die Stadt Pforzheim;
hier: Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 18.01.2010**

Es fanden mehrere Sitzungen mit der Liga der freien Wohlfahrtsverbände und den sozialpolitischen Sprechern der Fraktionen in Pforzheim zu diesem Thema statt. Es ist nunmehr beabsichtigt, in Umsetzung dieses Antrags eine Arbeitsgruppe einzurichten, die eine konkrete Entwicklung von Standards, Konzepten und weiteren Überlegungen vornehmen soll.

5.

**Vorlage O 1871 – Quartiermanager für die Sozialen Stadtgebiete Ost- und Weststadt;
hier: Antrag der Grüne Liste-Gemeinderatsfraktion vom 14.10.2008**

Das Quartiersmanagement für die Weststadt wird aus Mitteln der Sozialen Stadt noch für das Jahr 2012 finanziert sein. Mit den Trägern, der Baugenossenschaft Arlinger und der Baugenossenschaft Familienheim besteht hierzu Übereinstimmung. Für den Bereich der Oststadt und des Stadtteils Au soll über das Projekt XENOS ab 2012 ein Quartiersmanagement eingerichtet werden.

6.

**Vorlage O 1026 – Schulsozialarbeit;
hier: Antrag der Grüne Liste-Gemeinderatsfraktion vom 04.12.2006
und**

**Vorlage O 2174 – Einführung von Schulsozialarbeit an den Pforzheimer Realschulen;
hier: Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 15.06.2009**

Finanziert aus dem Bildungs- und Teilhabepaket konnte eine deutliche Erhöhung der Stellenkapazität für die Pforzheimer Schulsozialarbeit geschaffen werden. Der Ausbau der Schulsozialarbeit an Grund-, Haupt- und Realschulen hat mit Entscheidung über die Vorlage P 0862 vom Juli 2011 und der Entscheidung über die Vorlage P 0962 einen beachtlichen Stand erreicht. Die Stellen sind inzwischen alle besetzt.

Nach der Einigung der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land Baden-Württemberg über eine zusätzliche Ergänzungsfinanzierung des Landes für die Schulsozialarbeiter muss verwaltungsintern überprüft werden, inwieweit hier noch zusätzliche Stellen ausgebracht werden können.

7.

**Vorlage P 0149 – Einführung von Babybegrüßungspaketen in der Nordstadt;
hier: Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 05.11.2009
und
Vorlage O 1531 – Babybegrüßungspaket;
hier: Antrag der Grüne Liste-Gemeinderatsfraktion vom 26.02.2008**

Die Fortsetzung des Angebots und schrittweise Ausweitung auf alle Stadtteile ist mit der Vorlage „Frühe Hilfen“ – P 1005 am 13.12.2011 vom Gemeinderat beschlossen worden.

8.

**Vorlage O 1022 – Obdachlosigkeit
hier: Antrag der Grüne Liste-Gemeinderatsfraktion vom 04.12.2006**

Mit Vorlage O 1281 hat die Verwaltung ausführlich zu diesem Antrag berichtet. Er wurde in der Sitzung des Sozialausschusses vom 10.10.2007 zur Kenntnis genommen.

9.

**Vorlage M 1416 – Unteres Enzthal;
hier: Antrag der Grüne Liste-Gemeinderatsfraktion vom 30.04.1997
und
Vorlage P 0725 – Aufstockung der aufsuchenden Hilfe für die Obdachlosensiedlung Eutinger Tal;
hier: Antrag der Stadträte Schulz und Weisenbacher vom 30.03.2011**

Mit Vorlage P 0339 und zu P 0339 hat die Verwaltung dem Gemeinderat berichtet. In der Sitzung am 18.05.2010 hat der Gemeinderat mehrheitlich beschlossen:

1. Die Siedlung Eutinger Tal bleibt zunächst grundsätzlich erhalten.
2. Die Aufrechterhaltung des seit November bestehenden Angebotes einer Anlauf- und Beratungsstelle des Wichernhauses.
3. Die Beauftragung des Pforzheimer Wichernhauses mit der laufenden Herausführung von geeigneten Bewohnern der Siedlung.
4. Die Erstellung eines zwischen Stadtbau, Amt für öffentliche Ordnung und Jugend- und Sozialamts abgestimmtes Konzeptes zur weiteren Nutzung der Siedlung.
5. Abschließende Entscheidung des Gemeinderates nach Vorlage dieses Konzeptes und in Kenntnis des Erfolgs der Umsetzungsaktion des Wichernhauses.

Die aufsuchende sozialpädagogische Arbeit des Wichernhauses im Eutinger Tal hat, einschließlich einer Bewohnerbefragung, inzwischen zur Erkenntnis geführt, dass die weit überwiegende Anzahl der dort teilweise seit Jahrzehnten wohnenden Bewohner die Siedlung nicht mehr verlassen wollen. Sie fühlen sich dort heimisch, haben sich eingewöhnt und sind teilweise auch nicht in der Lage dieses, als subkulturell zu bezeichnendes Milieu, zu verlassen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bei denen eine Umsetzung in Normalwohnungen möglich war, bleibt daher der Bewohnerbestand erhalten.

Inzwischen sind Aktivitäten zur Stabilisierung der Sozialstruktur dort angelaufen. Durch die Entscheidung der Meixner-Stiftung kann die bislang nur stundenweise anwesende Sozialbetreuung befristet auf eine halbe Stelle aufgestockt werden. Durch Unterstützung der Aktion „Menschen in Not“ der Pforzheimer Zeitung kann im Eutinger Tal nun auch eine kleine Tagesstätte eröffnet werden.

Inzwischen haben sich Stadtbau und Verwaltung über die künftige Zielplanung für das Eutinger Tal abgestimmt. Angestrebt wird inzwischen eine teilweise „Auflösung“ der Siedlung, unter Verbleib eines Restwohnungsbestandes für einen „harten Kern“ von Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Hierzu wird dem Gemeinderat noch eine Beschlussvorlage vorgelegt werden, da damit auch Investitionen in ein dezentrales Unterbringungskonzept erforderlich sind.

Teil des langfristigen Abbaukonzeptes wird auch sein, dass mindestens eine ganze Sozialarbeiterstelle für die langfristige Betreuung der Siedlung erforderlich ist und im Rahmen einer Umsetzung der Abbaukonzeption langfristig auch bereitgestellt werden muss.

10.

**Vorlage P 0119 – Beteiligung an der Aktion „Stromsparcheck“;
hier: Antrag der Grüne Liste-Gemeinderatsfraktion vom 20.10.2009**

Die damalige ARGE-Jobcenter Stadt Pforzheim hatte im Spätjahr 2010 der Beschäftigungsförderung beim Jugend- und Sozialamt mitgeteilt, dass das Projekt Stromsparcheck bei der Maßnahmeplanung für 2011 nicht berücksichtigt werden kann. Dies hatte vor allem finanzielle Gründe, da die zur Verfügung stehenden Mittel im Eingliederungsbudget durch die Kürzungen des Bundes insgesamt nicht auskömmlich waren. Außerdem seien die Erfahrungen eines vergleichbaren Ansatzes in Vorjahren nicht besonders positiv verlaufen. Daneben bestünden datenschutzrechtliche Probleme bei Zugang der SGB II-Kunden mit hohem Energieverbrauch und die voraussichtlich sehr geringe Perspektive in Bezug auf Vermittlungschancen der Teilnehmerinnen des Projekts, die zu der ablehnenden Haltung der ARGE-Jobcenter beigetragen hat. Nachdem die verfügbaren Eingliederungsmittel durch den Bund erneut um 17% gekürzt werden, ist auch im nächsten Jahr nicht mit einer Umsetzung des Projektes zu rechnen.

11.

**Vorlage O 1157 – Integration in Pforzheim;
hier: Antrag der Grüne Liste-Gemeinderatsfraktion vom 22.04.2007**

Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat hierzu am 20.11.2011 einen weiteren Antrag gestellt, mit dem ein zukunftsweisendes und ganzheitliches Integrationskonzept für Pforzheim erstellt werden soll. Hierzu wurde in der Sitzung des Integrationsausschusses am 25.11.2009 mit Beilage P 0158 bereits berichtet. Durch die Vakanz der Bürgermeisterstelle im Dezernat III konnten weitere Aktualisierungen nicht erfolgen. Derzeit ist geplant, unter der Einbeziehung der Bertelsmannstiftung die Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes voranzubringen.

12.

**Vorlage N 1570 – Jugendhearing;
hier: Antrag der Grüne Liste-Gemeinderatsfraktion vom 15.04.2003**

Zwischenzeitlich hat das Thema mit dem erneuten Antrag der Freien Wähler auf Einrichtung eines Jugendgemeinderates wieder an Fahrt gewonnen. Der Antrag der Grünen Liste nimmt Bezug auf die Aussetzung des Jugendhearings im Jahr 2003. Damals wurden die Jugendhearings eingestellt, da die Verwaltung ohne Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Umsetzung von Vorschlägen

der Jugendlichen nicht mehr bereit war, diese Hearings durchzuführen. Der Antrag bezieht sich aber insgesamt auf das Thema Jugendbeteiligung.

Nach der Gründung des runden Tisches Jugendgemeinderat und der Gründung der AG Jugendbeteiligung wird das Thema auf breiter Ebene – u.a. unter enger Einbindung von Jugendlichen in Form einer Beteiligungswerkstatt (23.01.2012) - vorangebracht. Hier geht es nicht mehr nur um einen Jugendgemeinderat, sondern um die Jugendbeteiligung insgesamt. Die Ergebnisse der Beteiligungswerkstatt werden dann am 14.02.2012 von den Jugendlichen selbst im Gemeinderat vorgestellt.

Der Antrag selbst wird somit im Jahr 2012 - bislang noch ergebnisoffen – bearbeitet.

13.

Vorlage P 0291 – Bolzplatzliga;

hier: Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 01.02.2010

Nach Rücksprache mit dem SJR sind die Mittel für die Bolzplatzliga (jährlicher Mittelbedarf 7.000,-- €) bis einschließlich 2012 weitgehend über Projektmittel (des Präventionsvereins, der Jugendförderung, Landessportverband) gesichert. Über 2012 hinaus gibt es noch keine Finanzierungszusagen. Die Verwaltung schlägt daher vor, für dieses erfolgreiche Projekt – einige Pforzheimer Mannschaften spielen bereits überregional und deutschlandweit im Rahmen ähnlich gelagerter Straßensportprojekte erfolgreich mit – im nächsten Jahr Haushaltsmittel zu beantragen, um dieses Projekt für Jugendliche/Schüler mit und ohne Migrationshintergrund dauerhaft und gesichert zu fördern.